



Interviews

Datum: 28. Juni 2023

Peter Liese im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann

Heckmann: Der European Green Deal, das ist das zentrale Projekt von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und ihrer gesamten Kommission. Das Ziel, Europa so umzugestalten, dass das Klima, Umwelt und Natur nachhaltig geschützt sind. Der Vize-Präsident der Kommission, Frans Timmermans, hat ein EU-Naturschutzgesetz auf den Weg gebracht. Wälder sollen wiederaufgeforstet, landwirtschaftliche Flächen sollen renaturiert und trockengelegte Moore wieder verwässert werden. Alles im Sinne der extrem bedrohten Artenvielfalt. Doch das Renaturierungsgesetz droht jetzt zu scheitern. Im zuständigen Umweltausschuss des EU-Parlaments ist die Vorlage durchgefallen. Peter Liese, er ist Mitglied des Europäischen Parlaments, vertritt die CDU im Umweltausschuss. Schönen guten Morgen, Herr Liese.

Liese: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Herr Liese, Sie sprachen nach der Abstimmung von einer schallenden Ohrfeige für Kommissar Timmermans. Das Renaturierungsgesetz ist aber ein Gesetzesvorschlag der gesamten Kommission, also auch ein Projekt von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen von der CDU. Watschen Sie damit faktisch also auch Ihre eigene Parteikollegin ab?

Liese: Nein, ich denke, wir sollten die Dinge trennen. Es gab leider eine Diskussion darüber, angefangen von Manfred Weber, ob Ursula von der Leyen die Richtige ist. Ich teile mit Friedrich Merz, Hendrik Wüst, Markus Söder die Position, dass wir Ursula von der Leyen unterstützen sollten. Aber ich teile mit eben praktisch allen in der CDU/CSU die Kritik an diesem einzelnen Gesetzesvorschlag. Und das Verhalten von Kommissar Timmermans, dass er Abgeordnete erpresst und dieses Gesetz um jeden Preis durchbringen will, dafür kann man nun wirklich nicht Ursula von der Leyen in Haftung nehmen. Wir üben Kritik an einem Gesetz und nicht an der gesamten Europäischen-Kommissions-Politik. Und das muss sachlich möglich sein. Wir sind mit dieser Kritik ja auch nicht alleine. Winfried Kretschmann, der grüne Ministerpräsident aus Baden-Württemberg, wie gesagt im Beitrag die deutsche FDP, der Städte- und Gemeindebund, viele teilen unsere Kritik.

Heckmann: Wie kommen Sie zu Ihrem Vorwurf, Timmermans würde die Abgeordneten erpressen?

Liese: Ja, Herr Timmermans hat, als er gemerkt hat, dass wird schwierig mit dieser Vorlage, hat er sich die Abgeordneten einzeln vorgenommen und gesagt, wenn ihr dieses Gesetz nicht unterstützt, dann werden auch andere Vorlagen, die wir als Christdemokraten unterstützen, zum Beispiel zu neuen Züchtungsmethoden, nicht vorgelegt. Dafür hat er keine Rückendeckung von Ursula von der Leyen. Und ich glaube, das ist eine hohle Drohung. Aber das ist ein Eingriff in die Demokratie. Wenn Abgeordnete, weil sie in ihren Wahlkreisen darauf angesprochen werden – bei mir sind es Bürgermeister, bei mir sind es Waldbesitzer, Landwirte, die sagen, dieses Gesetz könnt ihr so nicht vorlegen, das macht unser Leben, das sowieso schon hart und schwierig ist, noch schwieriger – dann ist es eine Sache der Demokratie, dass Abgeordnete auch die Möglichkeit haben müssen, eine Vorlage abzulehnen.

Heckmann: Na ja, es sind ja frei gewählte Abgeordnete. Die können natürlich auch dann am Ende so entscheiden, wie sie entscheiden möchten. Aber mal grundsätzlich gefragt, Herr Liese, sind denn die hehren Ansprüche, bezogen auf den Naturschutz, mit dem auch die Union Werbung macht, faktisch nichts weiter als Sonntagsreden?

Liese: Also, Sie haben schon einen guten Begriff gewählt. Hehre Ansprüche. Ich glaube, es ist eine romantische Vorstellung, die in diesem Gesetzesvorschlag angelegt ist, dass man am Ende 90 Prozent der Fläche in einen Zustand bringen soll, wie er vor 70 Jahren war. Das ist wirklich nicht realistisch. Die Waldbauern sagen mir, wenn ich den Wald von vor 70 Jahren anpflanze, dann hätte ich gerne auch das Klima von vor 70 Jahren. Wir brauchen klimaangepasste Wälder. Da müssen auch vielleicht Arten wie Douglasien angepflanzt werden, die der Hitze besser standhalten, die aber vor 70 Jahren bei uns hier nicht heimisch waren. Und wir brauchen Fläche für die Nahrungsmittelproduktion, aber wir brauchen auch Fläche für die Erneuerbaren Energien. Ein Vorschlag in dem Text lautet, dass wir die Flüsse von Querbauten befreien sollten. Das heißt, weniger erneuerbare Energien, weniger Wasserkraft. Das ist eine romantische Vorstellung und das hat mit dem, was wir jetzt tun müssen, um unabhängiger von Öl, Gas und Kohle zu werden, gar nichts zu tun. Und deswegen sind es hehre Ziele. Aber die sind nicht so leicht zu verwirklichen, wenn wir gleichzeitig klimaneutral werden wollen. Der Spiegel berichtet darüber,

dass Steffi Lemke, die Umweltministerin, und Minister Habeck schon kurz vorm Sie sind, weil Habeck sagt, wir müssen den Naturschutz auch mal zurückstellen, wenn wir Erneuerbare Energien brauchen. Das ist also nicht irgendwie ein Konflikt, den nur wir sehen, sondern den sieht man auch in der Bundesregierung. Es ist romantisch, zu sagen, wir machen alles so, wie es vor 70 Jahren war. Das ist nicht realistisch.

Heckmann: Na ja, das weiß ich nicht, ob das die Vorstellung von Timmermans so ist und so korrekt darstellt. Aber, Herr Liese, die EVP, die hat ja nicht gespart mit schwerwiegenden Argumenten und Warnungen. Sie haben gewarnt vor einer globalen Hungersnot. Woher nehmen Sie eigentlich Ihre Befürchtungen? Ihre Kritiker sprechen schon von europäischem „Trumpismus“.

Liese: Also, zunächst mal, weil Sie gesagt haben, Sie wissen nicht, ob das, was Timmermans vorschlägt, das ist, was ich gerade beschrieben habe. Artikel 4 des Vorschlages sagt, dass bis 2030 30 Prozent, bis 2050 90 Prozent der Flächen, die sich nicht in einem guten Zustand befinden, wiederhergestellt werden müssen. Und Artikel 7 sagt, dass dabei das Kriterium ist: Wie war es vor 70 Jahren? Und das Gesetz ist sehr schwammig formuliert, aber diese Interpretation, die ich gerade vorgetragen habe, lässt sich 1:1 aus diesem Gesetz, aus der Vorlage herausnehmen. Zu der weltweiten Hungerkrise – das sind nicht meine Worte – ich würde es nicht so zugespitzt formulieren.

Heckmann: Es sind aber Worte Ihrer Fraktion.

Liese: Ja. Ich muss ja nicht alles unterstützen, was Einzelne in meiner Fraktion gesagt haben. Dass wir einen Konflikt zwischen Nahrungsmittelproduktion und Naturschutz haben, ist nicht zu bestreiten. Ich war am vergangenen Freitag mit Naturschützern in meinem Wahlkreis unterwegs. Und da haben sie mir klar beschrieben, dass ihre Vorstellung von der Umsetzung dieses Gesetzes ist, dass Flächen, auf denen im Moment noch relativ viel gedüngt wird und die noch landwirtschaftlich intensiv bearbeitet werden, dass die eben dem Naturschutz zugeführt werden. Und auf meine Frage, ob man dann nicht weniger Ertrag hat, haben sie das bejaht. Das kann man auch nicht bestreiten. Natürlich gibt es weniger Ertrag, wenn ich weniger dünge, und wenn ich weniger bewirtschafte. Und wir haben eine Verantwortung, auch für die Menschen außerhalb Europas. Durch den

Angriffskrieg Russlands in der Ukraine steigen die Nahrungsmittelpreise, nicht nur bei uns, sondern auch in Nordafrika. Und wenn wir da einen Beitrag leisten können, dieses Problem abzumildern, dann ist das auch etwas, was man hier bei der Diskussion mit in die Waagschale werfen muss.

Heckmann: Und das hat ja auch so argumentiert ihre Fraktionskollegin Christine Schneider. Sie hat geschrieben, es sei unverantwortlich, ein Gesetz zu verabschieden, das Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausholt. Wie sehr spielt da der Wahlkampf in Bayern und Hessen eine Rolle? Haben Sie da die Bauern als Wähler im Blick?

Liese: Also, ich habe die Menschen im Blick, die ich vertrete. In meiner Region herrscht die Auffassung, dass die Naturschutzverbände schon zu viel Macht haben. Sie verhindern nicht nur Windparks, sie verhindern auch Radwege und vieles, vieles andere. 80 Prozent der Menschen, die ich vertrete, sind nicht der Meinung, dass wir noch mal zusätzlich ein Gesetz brauchen, das die kommunale Planungshoheit einschränkt. Und noch mal: Der Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Städtetag, die sehen dieses Gesetz auch kritisch. Und ich finde, es ist eine Sache der Demokratie, wenn man nicht nur in Brüssel diskutiert mit Leuten, die romantische Vorstellungen haben, sondern wenn man auch vor Ort mit den Landwirten, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern redet und sie fragt: Was haltet ihr eigentlich davon? Ich finde, das ist lebendige Demokratie. Und ich rate einfach jedem, der dieses Gesetz gut findet, mal mit den Leuten im ländlichen Raum darüber zu reden. Und dann wird man ein Aha-Erlebnis haben.

Heckmann: Das heißt, Sie würden sagen, wir haben schon Naturschutz genug in Europa?

Liese: Wir haben an manchen Stellen zu viel Naturschutz. Bei mir in der Region gibt es einen Vogel. Laut Wikipedia ist er nicht vom Aussterben bedroht. Trotzdem verhindert er Radwege. Er verhindert Ortsumgehungen seit 30 Jahren. Wir haben zu viel Naturschutz beim Wolf, beim Kormoran, bei der Saatkrähe. Wir sollten gemeinsam mit den Landwirten, mit den Menschen im ländlichen Raum überlegen, wo wir wirklich Probleme haben, etwa bei den Wildbienen, wie wir dieses Problem lösen. Aber pauschal mit dem Hammer zu sagen, wir brauchen an jeder Stelle mehr

Naturschutz und verhindern damit zum Beispiel den Ausbau der Windenergie, den Ausbau der Wasserkraft, was wir ja dringend brauchen, um den Klimaschutz voranzutreiben, das, glaube ich, ist die falsche Abwägung.

Heckmann: Herr Liese, in wenigen Wochen befasst sich das Plenum des EU-Parlaments mit dem Thema. Wie sicher sind Sie denn, dass die Abstimmung dort genauso ausgeht wie im Umweltausschuss gestern? Und inwiefern setzen Sie da auf Hilfe durch Rechtsextreme?

Liese: Also, zunächst mal ist dieser Vorschlag im Ministerrat nur deshalb angenommen worden, weil entgegen der Ankündigung noch an dem Morgen der Abstimmung – da war Ungarn noch auf der Seite der Nein-Sager, auf einmal nachmittags war Ungarn bei denen, die zugestimmt haben. Ich weiß nicht, was da passiert ist, aber ...

Heckmann: Trotzdem ist die Mehrheit ja da im Rat.

Liese: Ja, okay, aber Sie haben jetzt gerade von Rechtsextremen gesprochen. Viktor Orban war der entscheidende Unterstützer für Timmermans bei der Abstimmung im Ministerrat. Im Agrarausschuss und im Fischereiausschuss war die Ablehnung so deutlich, unter anderem, weil die gesamte liberale Fraktion, entgegen der Position des Ausschussvorsitzenden, Pascal Canfin, mit uns gestimmt hat. Alle Liberalen, nicht nur die Deutschen, nicht nur die Schweden, alle Liberalen im Fischerei- und Agrarausschuss haben mit uns gestimmt. Und da hat es ohne die rechte ED-Fraktion gereicht für eine Ablehnung. Ich setze sehr darauf, dass sich die FDP, die sich in der Bundesregierung hier nicht durchgesetzt hat, dass sie sich im Plenum in ihrer Fraktion durchsetzt und dann hat das Gesetz keine Chance. Dann braucht es ein anderes Gesetz. Natürlich sind wir für Naturschutz, aber nicht mit der Brechstange, sondern in Zusammenarbeit mit den Landwirten, mit Hilfe von Anreizen und nicht mit Verboten. Und ein neues Gesetz hat eine Chance. Dieses Gesetz sollte aber nicht angenommen werden.

Heckmann: Der Chef der EVP und der EVP-Fraktion, Manfred Weber, Sie haben ihn gerade eben schon erwähnt, der hat in der FAZ gesagt, wenn Ursula von der Leyen,

die Kommissionspräsidentin, erkläre, für eine weitere Amtszeit zur Verfügung zu stehen, dann sei sie in der EVP in der Pole-Position. Sie haben sich dazu gerade ja auch schon kurz positioniert. Das heißt aber im Umkehrschluss, sie ist für die EVP nicht gesetzt, oder?

Liese: Für mich ist sie gesetzt. Und das hat Friedrich Merz, das hat Markus Söder und viele andere auch klargemacht. Ich glaube, sie macht eine gute Arbeit. Wir sollten nicht von einem Gesetz, was ja Herr Timmermans vor allen Dingen zu verantworten hat, auf die gesamte Arbeit schließen. Bei Corona, bei der Antwort der Europäischen Union auf die Ukraine-Krise hat sie eine richtig gute Arbeit gemacht. Und wir sollten dankbar sein, dass wir so eine taffe Frau an der Spitze der Europäischen Kommission haben.

Heckmann: Sehen Sie also anders als der Fraktionschef, Manfred Weber. Peter Liese war das, von der CDU, Mitglied des Europäischen Parlaments. Er vertritt die CDU im Umweltausschuss. Herr Liese, danke Ihnen für Ihre Zeit.

Liese: Gerne.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.